

Die vereinbaren Tätigkeiten gewinnen zunehmend an Bedeutung. Dies hat mehrere Ursachen. Zum einen wird der „Honorarkuchen“, der im Bereich der Vorbehaltsaufgaben zu verteilen ist, nicht größer, die Zahl der Steuerberater steigt aber stetig an.<sup>1</sup> Außerdem dringen andere Berufe in die Steuerberatung, vorwiegend Rechtsanwälte. Zuletzt greifen durch die Lockerung der berufsrechtlichen Vorschriften Wettbewerber wie z. B. Bilanzbuchhalter, freie Kontierer oder Banken in die Mandatsgewinnung ein.

Die Steuerberater sind aber die geeigneten Unternehmensberater ihrer Mandanten.<sup>2</sup> Dies liegt zum einen in der detaillierten Kenntnis des Mandantenbetriebs, ferner unterliegen sie einem restriktiven Berufszugang, der gleichzeitig das hohe Niveau des Berufsstands gewährleistet.

Im Rahmen der vereinbaren Tätigkeiten können Branchenschwerpunkte oder Spezialgebiete herausgearbeitet werden, die im Vergleich zu den Standardaufträgen höhere Honorare bescheren.

Es darf aber nicht übersehen werden, dass die vereinbaren Tätigkeiten ein außerordentlich hohes Gefahrenpotential aufweisen. Dies soll ein einführendes Beispiel verdeutlichen:

## Beispiel

Der Steuerberater S berät einen Existenzgründer E von Beginn an. E hat von seinem ehemaligen „Chef“ den Betrieb in der Rechtsform der GmbH & Co. KG käuflich erworben. Zur Finanzierung des Kaufpreises von 1,0 Mio. € hat E sein schuldenfreies Einfamilienhaus im Wert von 400 T € als Sicherheit zur Verfügung gestellt. Steuerbe-

<sup>1</sup> Zum 1.1.2014 zählte die Bundessteuerberaterkammer 80.946 Steuerberater und 2505 Steuerbevollmächtigte sowie 8.858 Steuerberatungsgesellschaften, 1995 waren es erst 57.616 Mitglieder (Berufsstatistik der Bundessteuerberaterkammer, veröffentlicht unter [www.bstbk.de](http://www.bstbk.de)).

<sup>2</sup> Vgl. hierzu Bundessteuerberaterkammer Steuerberater Partner für die betriebswirtschaftliche Beratung [http://www.bstbk.de/export/sites/standard/de/ressourcen/Dokumente/04\\_presse/publikationen/02\\_steuernrecht\\_rechnungslegung/12\\_BStBK\\_BWL\\_Faltblatt\\_final\\_2012.pdf](http://www.bstbk.de/export/sites/standard/de/ressourcen/Dokumente/04_presse/publikationen/02_steuernrecht_rechnungslegung/12_BStBK_BWL_Faltblatt_final_2012.pdf) (Abruf am 25.10.2014).

rater S hat im Existenzgründungsbericht die Tragfähigkeit des Vorhabens bescheinigt. Der Kaufpreis wurde über die Hausbank finanziert. Eine Unternehmensbewertung nach den „Regeln der Kunst“ wurde nicht erstellt. Vielmehr hat sich der Steuerberater allein auf eine „Plausibilisierung“ nach dem Multiplikatorenverfahren verlassen, ohne E über weitere Bewertungsverfahren aufzuklären. Die künftigen Umsätze wurden aus der Extrapolation der Vergangenheitsdaten gewonnen.

Die Existenzgründung scheitert aufgrund von Risiken, welche bei einer zukunftsbezogenen Unternehmensbewertung nach den DCF oder Ertragswertverfahren hätten erkannt werden können.

E hat nach Existenzgründung das betriebliche Rechnungswesen nebst Controlling für die GmbH & Co KG übernommen. Trotz Umsätzen von 6,0 Mio. € pro Jahr konnte das Vorhaben nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Nach 3 Jahren muss E Insolvenz beantragen. Der Insolvenzverwalter beweist, dass die GmbH & Co. KG seit 4 Monaten überschuldet war und verlangt von E die Rückzahlung von sämtlichen nach Insolvenzreife getätigten Zahlungen von 2,0 Mio. €, §§ 177 a, 130 a Abs. 3 HGB. E will sich bei seinem Steuerberater schadlos halten, da er ihn nicht über die bestehende Insolvenzreife belehrt hat.

Die Risiken in einem derart – nicht unüblichen – Fall kumulieren sich schnell auf Beträge, die von der gesetzlichen Mindesthaftpflichtsumme von 250.000 €<sup>3</sup> um ein Vielfaches überschritten werden. Andererseits darf nicht verkannt werden, dass in diesem Bereich Möglichkeiten bestehen, bei den Mandanten erheblichen Nutzen zu stiften. Daraus leiten sich Geschäftsfelder und Umsatzpotenziale ab.

- **Praxishinweis** Die wirtschaftlich großen Gefahren der Steuerberatung lauern also nicht im Bereich der Vorbehaltsaufgaben, sondern eher im Bereich der vereinbaren Tätigkeiten.

Auch hier gilt das bereits oben gesagte: Eine ordentliche Honorarvereinbarung mit einem auskömmlichen Honorar ermöglicht es Ihnen, Ihrer Verantwortung gerecht zu werden und sich in angemessenem Umfang Zeit für die Fallbearbeitung nehmen zu können. Sie ist also der erste und vermutlich wichtigste Bestandteil einer Haftungsvermeidungsstrategie.

---

<sup>3</sup> § 67 StBerG, § 52 Abs. 1 DVStB.

## 2.1 Vorbehaltsaufgaben und mit dem Beruf des Steuerberaters vereinbare Tätigkeit

### 2.1.1 Vorbehaltsaufgaben

Ein Steuerberater ist zunächst auf dem Gebiet der „klassischen“ Steuerberatung tätig.

§ 33 StBerG (Inhalt der Tätigkeit) definiert die Aufgaben der „klassischen“ Steuerberatung:

Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften haben die Aufgabe, im Rahmen ihres Auftrags ihre Auftraggeber in Steuersachen zu beraten, sie zu vertreten und ihnen bei der Bearbeitung ihrer Steuerangelegenheiten und bei der Erfüllung ihrer steuerlichen Pflichten Hilfe zu leisten. Dazu gehören auch die Hilfeleistungen in Steuerstrafsachen und in Bußgeldsachen wegen einer Steuerordnungswidrigkeit sowie die Hilfeleistung bei der Erfüllung von Buchführungspflichten, die auf Grund von Steuergesetzen bestehen, insbesondere die Aufstellung von Steuerbilanzen und deren steuerrechtliche Beurteilung.

Diese Aufgaben werden **Vorbehaltsaufgaben** genannt.

### 2.1.2 vereinbare Tätigkeit

Neben diesen Vorbehaltsaufgaben hat der Steuerberater aber auch die Möglichkeit, auf anderen Gebieten tätig zu werden. Grenzen werden ihm dabei durch das Berufsrecht gesetzt.

#### § 57 Abs. 2 S. 1 StBerG (Allgemeine Berufspflichten) lautet

Steuerberater und Steuerbevollmächtigte haben sich jeder Tätigkeit zu enthalten, die mit ihrem Beruf oder mit dem Ansehen des Berufs nicht vereinbar ist.

§ 57 Abs. 3 StBerG präzisiert, welche Tätigkeiten mit dem Beruf des Steuerberaters insbesondere vereinbar sind. Wegen der zunehmenden Bedeutung in der Praxis soll an dieser Stelle besonders eingegangen werden auf

**§ 57 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 3 StBerG**

Mit dem Beruf des Steuerberaters oder eines Steuerbevollmächtigten sind insbesondere vereinbar

1. (...)
2. eine freiberufliche Tätigkeit, die die Wahrnehmung fremder Interessen einschließlich der Beratung zum Gegenstand hat;
3. eine wirtschaftsberatende, gutachtliche oder treuhänderische Tätigkeit sowie die Erteilung von Bescheinigungen über die Beachtung steuerrechtlicher Vorschriften in Vermögensübersichten und Erfolgsrechnungen;
- 4.–6. (...)

Weitere Regelungen zu vereinbaren und nicht vereinbaren Tätigkeiten finden sich in § 15 BStB. In diesen Vorschriften ist u. a. noch detaillierter aufgeführt, welche Tätigkeiten mit dem Beruf des Steuerberaters insbesondere vereinbar sind.

**Beispiele für vereinbare Tätigkeiten sind**

- Unternehmensberatung,
- Treuhandtätigkeit, insbes. Testamentsvollstrecker, Insolvenzverwaltung, Zwangsverwalter, Halten von Geschäftsanteilen, Hausverwaltung, Verwalten fremden Vermögens,
- Beirats- und Aufsichtsrats­tätigkeit,
- Schiedsgutachtertätigkeit und
- Mediation.

## **2.2 Besonderheiten der Haftung für vereinbare Tätigkeiten**

Die Frage, woraus sich eine Haftung des Beraters ergeben kann und wie sie sich vermeiden lässt, stellt sich bei den vereinbaren Tätigkeiten nicht weniger als bei den Vorbehaltsaufgaben.

Auch hier gilt: Der Vertrag zwischen dem Steuerberater und dem Mandanten ist in der Regel ein Dienstvertrag. Verletzt der Steuerberater schuldhaft die Pflichten, die sich für ihn aus diesem Dienstvertrag ergeben und ist dies kausal für einen entstandenen Schaden, so macht er sich nach § 280 Abs. 1 S. 1 BGB schadenersatzpflichtig.

Wie sich jedoch schon aus dem einführenden Beispiel ergibt, gibt es bei den vereinbaren Tätigkeiten einige Besonderheiten zu beachten, die das Haftungsrisiko noch erhöhen. Diese Besonderheiten sollen im Folgenden dargestellt werden.

Auch ist ein besonderes Augenmerk auf die Vermögensschadenhaftpflichtversicherung zu legen. Es sollte im Vorfeld abgeklärt werden, ob die vereinbarten Tätigkeiten vom Versicherungsschutz umfasst sind. Dies ist immer dann problematisch, wenn eigene wirtschaftliche Entscheidungen vom Steuerberater getroffen werden.

### 2.2.1 Haftung gegenüber Mandant

Grundsätzlich richtet sich die Haftung nach dem zugrundeliegenden Auftragsverhältnis. Regelmäßig ist die Dienstleistung des Steuerberaters ein Dienstvertrag bzw. Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstleistungscharakter. Ausnahmsweise liegt aber ein Werkvertrag vor, wenn ein Erfolg geschuldet wird. Davon wird insbesondere bei Gutachten<sup>4</sup> und bei Mittelverwendungskontrollen<sup>5</sup> ausgegangen. Unter Gutachten fallen insbesondere Unternehmensbewertungsgutachten, Sanierungsgutachten, Businesspläne, Existenzgründungsgutachten etc. Die Unterscheidung ist wichtig für Gewährleistungsrechte und Honoraransprüche. Beim Dienstleistungsvertrag entsteht der Honoraranspruch mit dem Tätigwerden, während beim Werkvertrag der Erfolg geschuldet ist. Bei mangelhafter Auftragsausführung entsteht beim Dienstvertrag grundsätzlich kein Gewährleistungsanspruch. Vielmehr kann der Mandant gegebenenfalls Schadenersatz verlangen. Demgegenüber kann der Mandant beim Werkvertrag Nachbesserung, Minderung des Honorars und/oder Schadenersatz verlangen, §§ 633, 634, 472 BGB.

Da der Berater bei den vereinbarten Tätigkeiten meistens keine gesetzlich normierten Leistungen erbringt,<sup>6</sup> ist es von herausragender Bedeutung, den nicht normierten Auftragsumfang festzulegen. Dabei sind die Vertragsparteien grundsätzlich frei in der Vertragsausgestaltung. Es sollte geregelt sein

- wer,
- bis wann,
- was (wie sieht das Ergebnis aus),
- wie (z. B. auf Basis welcher Standards),
- auf welcher Informationsbasis (ungeprüft, plausibilisiert, beurteilt oder sonstige Regelung),
- zu welchem Honorar,

zu erledigen hat. Sofern die Beratungsleistung nicht vollständig erbracht wird, weil z. B. die Leistung in einem Team von Beratern erbracht wird, sollte geregelt werden, welche Beratung vom Auftrag ausgeklammert ist und wer diese zu erbringen hat. Ferner sollte bereits im Ausgangsvertrag eine Grundsatzregelung enthalten sein, wie mit Auftragsänderungen im laufenden Projekt umgegangen wird.

<sup>4</sup> Gräfe/Lenzen/Schmeer; Steuerberaterhaftung 5. Aufl. 2014 Rz. 131, S. 90.

<sup>5</sup> Gräfe/Lenzen/Schmeer; Steuerberaterhaftung 5. Aufl. 2014 Rz. 138, S. 91.

<sup>6</sup> Außer bei den gesetzlich definierten Treuhandtätigkeiten wie z. B. Insolvenzverwalter, Zwangsverwalter, Testamentsvollstrecker.

Sofern dies beachtet wird, muss sich der Steuerberater nicht mit der Frage auseinandersetzen, ob die vereinbare Tätigkeit eine bloße Gefälligkeit und damit unentgeltlich erfolgt. Davon kann z. B. auszugehen sein, wenn der Steuerberater im „privaten Umfeld“ außerhalb seiner Kanzlei um einen Rat gefragt wird. Entscheidend wird der Grund der erfragten Auskunft, deren wirtschaftliche Bedeutung für den Empfänger sowie die übrigen Gesamtumstände sein.

Der Steuerberater muss, wie bereits aufgezeigt, seinen Mandanten umfassend steuerlich beraten und den sichersten Weg zum erstrebten steuerlichen Ziel aufzeigen. Übertragen auf die vereinbaren Tätigkeiten muss der Berater den Mandanten umfassend gemäß dem Auftrag beraten und ihm den sichersten Weg zum angestrebten Ziel aufzeigen. Stößt der Steuerberater bei dieser Beratung auf Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art, deren Lösung keine mit der Steuerberatung vereinbare Tätigkeit mehr darstellen würde, so muss er seinem Mandanten Warnhinweise geben und die Einschaltung eines Rechtsanwaltes oder eines anderen geeigneten Fachmannes<sup>7</sup> empfehlen. Unterlässt er diese Empfehlung und bleibt untätig, verletzt er eine Pflicht aus dem Vertrag zwischen ihm und dem Mandanten und kann sich bei der Entstehung eines Schadens u. U. schadenersatzpflichtig machen.<sup>8</sup>

## 2.2.2 Haftung gegenüber Dritten, insbesondere Banken

Häufig erheben auch Dritte, die nicht selbst Auftraggeber des Steuerberaters sind, Ansprüche. Bereits seit einigen Jahren ist in der Rechtsprechung des BGH eine Tendenz zu beobachten, die die Haftung über den Vertragspartner hinaus auf weitere Personen ausdehnt. Allerdings ohne, dass diese weiteren Personen für ihre „Einbeziehung“ in den Kreis der möglichen Anspruchsteller irgendeine Gegenleistung (Honorar) erbringen müssen!

Die Haftung aus unerlaubter Handlung gegenüber Dritten wurde bereits in Abschn. 1.2 behandelt. Weil sich eine Haftung gegenüber Dritten häufig im Bereich der vereinbaren Tätigkeiten ergibt, erfolgt an dieser Stelle die Darstellung der übrigen Anspruchsgrundlagen einer solchen Haftung, auch soweit sie sich aus der Tätigkeit im Rahmen der Vorbehaltsaufgaben ergibt.

### 2.2.2.1 Auskunftsvertrag<sup>9</sup>

Wer mit Sachkunde schuldhaft eine falsche Antwort erteilt, haftet dem Empfänger der Auskunft schon dann nach Vertragsgrundsätzen auf Schadenersatz, wenn die Auskunft erkennbar für diesen von erheblicher Bedeutung war und er sie zur Grundlage wesentlicher Entschlüsse oder Maßnahmen gemacht hat.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> So zuletzt für die Insolvenzzureifprüfung: BGH 6.2.2014 – IX ZR 53/13; DstR 2014, 975.

<sup>8</sup> BGH v. 12.2.2004, IX ZR 246/02, NJW-RR 2004, 1358; BGH v. 23.9.2004, IX ZR 148/03, DStR 2004, 1979 jeweils zur Beratung in sozialversicherungsrechtlichen Fragen.

<sup>9</sup> Zur neueren Rspr. zum Auskunftsvertrag: Zugehör, DStR 2007, 723 (725).

<sup>10</sup> St. Rspr. des BGH, u. a. BGH v. 12.7.1966, VI ZR 1/65, WM 1966, 1148.

Die Rechtsprechung hat hier den „stillschweigend“ abgeschlossenen Auskunftsvertrag geschaffen. Danach können auch solche Personen, die keine primären Leistungsansprüche aus dem konkreten – nicht mit ihnen abgeschlossenen – Vertrag haben, in den Schutzbereich dieses Vertrags einbezogen sein mit der Folge, dass der Berater bei der Erbringung seiner Leistung gegenüber seinem Mandanten auch diesen Personen gegenüber zur Beachtung der erforderlichen Sorgfalt verpflichtet ist.<sup>11</sup> Diese Figur der Rechtsprechung hat im neuen § 311 Abs. 3 BGB eine gesetzliche Grundlage gefunden.

#### Beispiel

Die Hausbank des Mandanten verlangt vom Steuerberater die Erläuterung der wirtschaftlichen Lage des Mandanten anhand Jahresabschluss und unterjähriger BWA. Hierzu lädt die Bank den Steuerberater und den Mandanten zum Gespräch. Grund des Gesprächs ist die anstehende Entscheidung über neu beantragte Kredite, was dem Steuerberater bekannt ist. Die Bank wünscht die Einschätzung der Situation durch den Steuerberater.

Sofern der Steuerberater hier falsche Angaben macht, droht die Haftung direkt gegenüber der Bank bereits für einfache Fahrlässigkeit. Dies kann der Steuerberater ausschließen, sofern er der Bank klar zu erkennen gibt, nicht für seine „Zahlen“ und Ausführungen haften zu wollen. Alternativ könnte er in der Terminbestätigung angeben, dass er den Termin ausschließlich in der Rolle als Berater seines Mandanten wahrnimmt.<sup>12</sup>

#### 2.2.2.2 Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte<sup>13</sup>

Die Rechtsprechung des BGH weist dem Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen Mandant und Steuerberater regelmäßig Schutzwirkung für Dritte zu. Häufigster „Nutznießer“ dieser Rechtsprechung sind im Hinblick auf § 18 KWG die kreditgebenden Banken. In Betracht kommt ein solcher Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte insbesondere bei der Erstellung von Vermögensübersichten, Jahresabschlüssen, Bescheinigungen, Testaten und Gutachten.

Die **Voraussetzungen** für das Vorliegen eines solchen Vertrags mit Schutzwirkung eines Dritten sehen wie folgt aus:

- Die Äußerung des Beraters ist (auch) für Dritte bestimmt. Diese Dritten bilden einen deutlich abgrenzbaren Personenkreis. Dieser Umstand ist für den Berater erkennbar.
- Der Berater tritt als eigenständiger Experte und mit besonderer Sachkunde auf.
- Der Dritte (im Regelfall: die Bank) vertraut auf die Äußerung und macht sie zur Grundlage wesentlicher Entscheidungen. Auch dieser Umstand ist für den Berater erkennbar.

<sup>11</sup> Siehe hierzu Schindhelm/Grothe, DStR 1989, 445 (446).

<sup>12</sup> Damit drückt der Steuerberater aus, dass er keinen Rechtsbindungswillen zum Abschluss eines Auskunftsvertrags mit der Bank hat.

<sup>13</sup> Zur neueren Rspr. zum Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter: Zugehör, DStR 2007, 723 (723–725).

Der Steuerberater kann gegenüber dem Dritten Einwendungen aus dem Schuldverhältnis zwischen ihm und dem Mandanten geltend machen, § 334 BGB ist entsprechend anwendbar.<sup>14</sup> So kann sich der Steuerberater gegenüber dem Dritten auf die Verjährung des Haftungsanspruchs berufen.<sup>15</sup>

An dieser Stelle soll auf einen Aufsatz von Heimann<sup>16</sup> hingewiesen werden. Heimann weist zutreffend auf ein Urteil des BGH<sup>17</sup> hin. Dort hatte ein Bausachverständiger den Zustand eines Objekts als positiv beurteilt. Das Dach hingegen war mangelbehaftet. Der Verkäufer hatte arglistig verhindert, dass der Bausachverständige den Dachstuhl betritt.

In diesem Fall hat der BGH den Sachverständigen verurteilt. Zwar gehen die Rechte des Dritten nicht weiter als die des eigentlichen Vertragspartners. Dieser hätte aufgrund seiner eigenen Täuschung keine Ansprüche stellen können. Der Sachverständige hätte aber, um eine Verurteilung zu vermeiden, kenntlich machen müssen, dass er für den Umfang des Gutachtens nicht voll einstehen will oder besser: Er hätte gar das Gutachten nicht abgeben sollen. Heimann überträgt diesen Fall nun auf die Leistung des Steuerberaters und zeigt, dass auch dieser haftet, wenn er **ungeprüfte Informationen des Mandanten übernimmt, selbst wenn er dabei getäuscht wird**.

- **Praxishinweis** Wenn der Steuerberater also über einzelne Tatsachen keine eigenen Kenntnisse hat oder wenn er einzelne Bereiche nicht überprüfen kann, muss er dies im Bericht/Gutachten klar kenntlich machen und darauf hinweisen, dass er für diese Übernahme von Fremdinformationen nicht einstehen will. Ein solcher Hinweis in einem Gutachten (Überschuldungsstatus) könnte wie folgt ausgestaltet werden:

**Eine verlässliche Aussage über den Wert des selbst geschaffenen Patents kann nicht getroffen werden. Der Auftraggeber hat dem Gutachter folgende Informationen und Unterlagen zur Verfügung gestellt: ..... Die Unterlagen konnten aber aus folgenden Gründen nicht oder nur rudimentär überprüft werden: ..... Aus diesem Grund kann die Werthaltigkeit des Patents nicht mit der erforderlichen Gewissheit ermittelt werden. Es war daher mit einem Wert von ..... € anzusetzen/oder: Der Auftraggeber geht von einem Wert von ..... € aus. Dieser Wert wird für das Gutachten ungeprüft übernommen, weshalb für diesen Wert eine Haftung des Gutachters nicht übernommen werden kann. Die Verantwortlichkeit hierfür liegt vereinbarungsgemäß alleine beim Auftraggeber.**

<sup>14</sup> Grüneberg, in: Palandt, § 328, Rn. 20.

<sup>15</sup> Zur Frage, ob eine vertragliche Haftungsbegrenzung dem Dritten gegenüber wirksam ist, vgl. oben Abschn. 1.1.8.

<sup>16</sup> Stbg 2004, 332.

<sup>17</sup> BGH v. 10.11.1994, III ZR 50/94, NJW 1995, 392.



### 2.2.2.3 Prospekthaftung<sup>18</sup>

Die Prospekthaftung spielt eine Rolle im Bereich der Vermögensberatung. Die Pflichten eines Steuerberaters, der auf diesem Gebiet tätig wird, gegenüber seinem Mandanten, der die Vermögensberatung wünscht, gehen weit.<sup>19</sup>

Besonders hingewiesen werden soll an dieser Stelle nur darauf, dass für einen Steuerberater im Bereich der Vermögensberatung eine besondere Haftung gegenüber Dritten entstehen kann: Nämlich eine Haftung gegenüber den Kapitalanlegern dann, wenn der Steuerberater mitwirkt an der Erstellung eines Prospektes, der für die Anwerbung dieser Kapitalanleger gedacht ist. Es handelt sich dabei um die **Prospekthaftung im engeren Sinn**.<sup>20</sup>

Durch die **Prospekthaftung** im engeren Sinn soll das Vertrauen von Kapitalanlegern auf die Richtigkeit und Vollständigkeit eines Werbeprospekts geschützt werden. Prospektverantwortliche können Personen sein, die aufgrund ihrer besonderen beruflichen und wirtschaftlichen Stellung oder ihrer berufsmäßigen Sachkunde eine „Garantenstellung“ einnehmen und durch ihre erkennbare Mitwirkung an dem Prospekt nach außen hin einen besonderen zusätzlichen Vertrauenstatbestand schaffen, indem sie mit ihrer Zustimmung als Fachleute im Prospekt angeführt werden und darin Erklärungen abgeben.<sup>21</sup>

Solche Prospektverantwortliche haften dem Anleger gegenüber, mit dem sie in keinem Vertragsverhältnis stehen, für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Prospektangaben insoweit, als diese sich auf sie beziehen und ihnen zuzurechnen sind.<sup>22</sup>

Ein Steuerberater, der an einem Prospekt mitwirkt und dadurch dazu beiträgt, dass das Vertrauen des Anlegers in die im Prospekt gemachten Angaben, die sich auf ihn beziehen, wächst, kann also dem Anleger gegenüber haften.

Dabei gilt: Die Prospektverantwortlichen haben dem Anlageinteressenten ein zutreffendes Bild der angebotenen Kapitalbeteiligung einschließlich der Nachteile und Risiken zu vermitteln. Dazu gehört, dass sämtliche Umstände, die für die Entschließung des Interessenten bedeutsam sind, richtig und vollständig dargestellt werden; ändern sich diese Umstände nach Herausgabe des Prospekts, so haben die Prospektverantwortlichen dies durch Berichtigung des Prospekts oder entsprechende Hinweise mitzuteilen.<sup>23</sup>

---

<sup>18</sup> Zur detaillierteren neueren Rechtsprechung zur Prospekthaftung im engeren Sinn: Zugehör, DStR 2007, 723 (726, 727).

<sup>19</sup> Vgl. hierzu ausführlich – auch zur Haftung des Steuerberaters im Besonderen – Kühne, in: Steuerberater Handbuch neue Beratungsfelder, C. Vermögensberatung/Vermögensverwaltung V.; zur Subventionsberatung im Rahmen der Vermögensberatung s. u. V. 5.

<sup>20</sup> Zur Prospekthaftung im weiteren Sinn, die nicht zur Haftung gegenüber Dritten gehört: BGH v. 7.7.2003, II ZR 18/01, DStR 2003, 1584; BGH v. 12.2.2004, III ZR 359/02, NJW 2004, 1732, 1733.

<sup>21</sup> BGH v. 7.9.2000, VII ZR 443/99, BGHZ 145, 121.

<sup>22</sup> BGH v. 15.12.2005, III ZR 424/04, NJW-RR 2006, 611 (für Wirtschaftsprüfer).

<sup>23</sup> BGH v. 1.3.2004, II ZR 88/02, DStR 2004, 967.

#### **2.2.2.4 Treuhandvertrag<sup>24</sup>**

Inhalt eines Treuhandvertrags kann es sein, die Vermögensinteressen eines Dritten zu wahren. Es handelt sich dann um einen Vertrag zugunsten Dritter gemäß §§ 328 ff. BGB, bei dem der Dritte unmittelbar das Recht erwirbt, die Leistung – die Wahrung der Vermögensinteressen – zu fordern, § 328 Abs. 1 BGB. Hieraus kann sich dann gegenüber dem Dritten eine Haftung ergeben.

Verletzt der Steuerberater Pflichten aus dem Treuhandvertrag, so dürfte regelmäßig der objektive Tatbestand der Untreue gegeben sein. Wenn die Verletzung auch nur bedingt vorsätzlich erfolgt, macht sich der Steuerberater auch gem. § 823 Abs. 2 i. V. n. § 266 StGB schadenersatzpflichtig. In diese Konstellation entfällt der Versicherungsschutz, § 103 VVG.

Bei Treuhandverträgen ist auch abzuklären, ob die Leistungen vom Versicherungsschutz der Vermögensschadenhaftpflicht abgedeckt sind. Dies ist insbesondere dann fraglich, wenn der Treuhänder eigene wirtschaftliche Entscheidungen trifft.

#### **2.2.2.5 Eigenhaftung als Verhandlungsgehilfe<sup>25</sup>**

Hilft ein Steuerberater einem Mandanten, einen Vertrag anzubahnen, so kann auf der Grundlage des § 311 Abs. 3 BGB eine Haftung entstehen.

### **2.2.3 Haftungsvermeidung/-beschränkung**

Eine Tätigkeit auf dem Gebiet der vereinbaren Tätigkeiten stellt besondere Anforderungen an die Haftungsvermeidung und -beschränkung, die wegen des hohen Haftungsrisikos unbedingt berücksichtigt werden sollten:

#### **2.2.3.1 Schriftform und Klarheit des Auftrags und die Dokumentation einzelner Beratungsschritte**

Besonders im weiten Bereich der vereinbaren Tätigkeiten, in dem einzelne Auftragsinhalte in der Regel durch nichts festgelegt sind, ist es wichtig, den genauen Auftragsinhalt zu dokumentieren. Denn erst wenn eindeutig ist, was der Auftrag ist, ist auch eindeutig, welche Pflichten sich aus dem Auftrag ergeben.

Im Folgenden beispielhaft ein Muster für einen Beratungsvertrag über betriebswirtschaftliche Beratung und ein Muster für einen Vertrag über eine Unternehmensbewertung:

<sup>24</sup> Zur neueren Rspr. zum Treuhandvertrag: Zugehör, DStR 2007, 723 (725, 726).

<sup>25</sup> Zur neueren Rspr. zur Eigenhaftung als Verhandlungsgehilfe: Zugehör, DStR 2007, 723 (726).

**Muster:****Beratungsvertrag über betriebswirtschaftliche Beratung**

Zwischen

\_\_\_\_\_

vertreten durch: \_\_\_\_\_

- im Folgenden Auftraggeber genannt -

und

KANZLEI .....

- im Folgenden Auftragnehmer genannt -

wird folgender Beratungsvertrag geschlossen:

**§ 1 Gegenstand und Umfang des Auftrags**

Der Auftragnehmer führt für den Auftraggeber die im Folgenden beschriebenen Arbeiten als  
(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

☐ Dienstvertrag

☐ Werkvertrag

aus. Auftragnehmer ist nur der Inhaber der KANZLEI ..... .

Mit diesem Vertrag überträgt der Auftraggeber dem Auftragnehmer die Besorgung der folgenden Angelegenheiten:

Tätigkeit	gewünscht	nicht gewünscht
Unternehmensplanung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unternehmensverkauf	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kosten- Leistungsrechnung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unternehmensnachfolge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Risikofrüherkennungssystem	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sanierungsplanerstellung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Krisenberatung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Insolvenzplanerstellung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Überschuldungsprüfung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Controlling	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Hinsichtlich der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen wird auf die anliegende Leistungsbeschreibung hingewiesen, die wesentlicher Bestandteil dieses Vertrags wird.

Der Auftraggeber hat einen Anspruch auf einen schriftlichen Bericht in **2-facher Ausfertigung**.

Für die Übernahme weiterer hier nicht aufgeführter Tätigkeiten werden gesonderte Vereinbarungen getroffen.

### **§ 2 Mitwirkung des Auftraggebers**

(1)

Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer sämtliche zur Erfüllung des Auftrages notwendigen Informationen und Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, so dass dem Auftragnehmer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Er hat notwendige Erklärungen rechtzeitig abzugeben.

(2)

Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Auftragnehmers nur mit dessen schriftlicher Einwilligung weiterzugeben. Das gilt nicht, wenn und soweit derartige Arbeitsergebnisse üblicherweise an Dritte weitergegeben werden. Bei der Weitergabe der Arbeitsergebnisse an einen Dritten ist der Dritte auf die vereinbarten Haftungsbegrenzungen schriftlich hinzuweisen.

### **§ 3 Mitwirkung Dritter**

Der Auftragnehmer ist berechtigt, bei der Ausführung der ihm übertragenen Angelegenheiten geeignete angestellte Berufsträger, Mitarbeiter, fachkundige Dritte, sowie datenverarbeitende Unternehmen einzusetzen. Die eigene Verantwortlichkeit des Auftragnehmers bleibt hiervon unberührt.

### **§ 4 Verschwiegenheitspflicht, Mitteilung gem. § 4 BDSG, E-Mail-Verkehr**

(1)

Der Auftragnehmer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Angelegenheiten der Auftraggeberin, die ihm bei oder anlässlich der Erledigung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass ihn die Auftraggeberin schriftlich von dieser Verpflichtung entbindet.

(2)

Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung von Angelegenheiten zur Wahrung berechtigter Interessen des Auftragnehmers unbedingt erforderlich ist. Der Auftragnehmer ist auch von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, soweit er nach den Versicherungsbedingungen der Berufshaftpflicht zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.

(3)

Die gesetzlichen Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO, § 383 ZPO bleiben von den vorstehenden Regelungen unberührt.

(4)

Diese Verschwiegenheitspflicht des Auftragnehmers besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen, die aufgrund oder anlässlich seines Auftrags gefertigt wurden, darf der Auftragnehmer Dritten, außer in dem in § 4 Abs. 2 Satz 2 geschilderten Fall, nur mit Einwilligung der Auftraggeberin aushändigen.

(5)

Im gleichen Umfang wie für den Auftragnehmer selbst besteht die Verschwiegenheitspflicht auch für die angestellten Berufsträger, Mitarbeiter und Hilfskräfte.

(6)

Zieht der Auftragnehmer fachkundige Dritte und/oder datenverarbeitende Unternehmen hinzu, hat er dafür Sorge zu tragen, dass diese ebenfalls Verschwiegenheit bewahren.

(7)

Für den Fall, dass sich der Berater zur Sicherung und Fortentwicklung der Qualität seiner Kanzlei einem Zertifizierungsverfahren (z.B. nach DIN EN ISO 9001:2000) unterziehen will, erteilt der Auftraggeber schon heute seine Zustimmung, dass Dritte über die von ihm vorhandenen Daten Kenntnis erhalten, soweit dies erforderlich ist. Das Gleiche gilt auch für die Praxisveräußerung bezüglich des Praxiserwerbers, für die Beschäftigung freier Mitarbeiter, soweit diese gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, sowie für die Gründung einer Sozietät oder einer Kapitalgesellschaft seitens des Beraters.

(8)

**Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass die erhobenen Daten elektronisch oder auf andere Weise gespeichert werden, um den Auftrag zu bearbeiten oder das Ergebnis der Bearbeitung zu sichern, § 4 a BDSG.** *(Aufgrund der gesetzlichen Regelung ist erforderlich, dass die Einwilligung und Belehrung über die Speicherung von Daten optisch hervorgehoben werden muss.)*

(9)

Die dem Vertrag beigelegte Befreiungserklärung für Korrespondenz per E-Mail wird Bestandteil dieses Vertrages, sofern sie von Auftraggeber unterschrieben wurde.

§ 5 Haftung

(1)

Der Auftragnehmer hat eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von 1.000.000 Euro pro Einzelfall abgeschlossen. Er verpflichtet sich, die Versicherung in dieser Höhe so lange aufrechtzuerhalten, wie das Vertragsverhältnis mit der Auftraggeberin besteht.

(2)

Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber für die von ihm und seinen Mitarbeitern verursachten Schäden. Die Haftungsobergrenze wird jedoch entsprechend dieser Vereinbarung für einfache Fahrlässigkeit auf

**1.000.000,00 € (in Worten: eine Million Euro)**

festgelegt.

§ 6 Sondervereinbarungen zur Haftung

.....

§ 7 Honorar

(1)<sup>(Zutreffendes bitte ankreuzen.)</sup>

Die Gebühren berechnen sich nach folgenden Stundensätzen:

für Berufsträger (Rechtsanwälte/Steuerberater):	..... €
für qualifizierte Mitarbeiter	..... €
für Hilfskräfte	..... €

Die Gebühren werden fest mit ..... € vereinbart (Fixhonorar).

Der Auftragnehmer erhält im Fall einer erfolgreichen Tätigkeit ein Honorar in Höhe von ... % der durch die Tätigkeit erzielten Gewinne, maximal ..... €.

Erfolgreich war die Tätigkeit, wenn folgende Bedingungen eingetreten sind:

.....  
.....  
.....

Der Auftragnehmer erhält im Fall einer erfolgreichen Tätigkeit ein Honorar in Höhe von .....€ .

Erfolgreich war die Tätigkeit, wenn folgende Bedingungen eingetreten sind:

.....  
 .....  
 .....

Die Gebühren werden wie folgt festgesetzt:

.....  
 .....  
 .....

Ergänzend wird Folgendes vereinbart:

.....  
 .....  
 .....

(2)

Der Auftragnehmer ist berechtigt, einen oder mehrere angemessene Vorschüsse zu verlangen. Über den Vorschuss ist nach Erledigung des Auftrags abzurechnen. Soweit ein Vorschuss berechnet wurde, dieser jedoch nicht bezahlt wurde, ist der Auftragnehmer berechtigt, seine Tätigkeit ruhen zu lassen. Er ist bis zur Bezahlung des Vorschusses nicht verpflichtet, für den Auftraggeber tätig zu werden.

(3)

Von dieser Vereinbarung ausgenommen sind Vorbehaltsaufgaben nach dem RDG und StBerG, die nach den entsprechenden gesetzlichen Gebühren abgerechnet werden (StBVV, RVG).

## § 8 Auslagenersatz, Umsatzsteuer

(1)

Zusätzlich zu den Gebühren übernimmt der Auftraggeber den Ersatz von Auslagen wie folgt:

- a) Übernachtungskosten in der nachgewiesenen Höhe.
- b) Tage- bzw. Abwesenheitsgeld bei einer Abwesenheit von der Kanzlei von  
 mehr als 4 Stunden: ..... €  
 mehr als 8 Stunden: ..... €
- c) Fahrtkosten:  
 Personenkraftwagen je Kilometer ..... €  
 Zugfahrt 1. Klasse  
 Flugzeug Business-Klasse  
 Taxi für Kurzstrecken  
 ggf. notwendige sonstige Verkehrsmittel in nachgewiesener Höhe.



d) Nebenkosten für Telefon, Telefax, Porto, Kopien u. ä. nach pauschaler Schätzung des Auftragsnehmers .....% des Honorars nach § 7.

e) Für über 2 Berichtsexemplare hinausgehende Exemplare:

je Exemplar fest: .....€

zusätzlich je Seite: ..... €

(2)

Außerdem trägt der Auftraggeber anfallende Umsatzsteuer auf das Honorar und die Auslagen in der gesetzlichen Höhe.

### § 9 Fälligkeit

(1)

Die Zahlungen sind innerhalb einer Woche nach Rechnungseingang beim Auftraggeber fällig. Vorschüsse sind hingegen sofort fällig.

(2)

Sämtliche Beträge sind auf folgendes Konto zu überweisen:

.....

### § 10 Vertragsdauer

Das Vertragsverhältnis beginnt am \_\_\_\_\_.

☐ Der Vertrag läuft auf unbestimmte Zeit.

☐ Der Vertrag endet \_\_\_\_\_

Der Vertrag ist jederzeit und beidseitig sofort kündbar. Die Kündigung muss schriftlich erklärt werden. Im Falle der Kündigung hat der Berater Anspruch auf eine angemessene Vergütung. Diese wird im Verhältnis der Leistungserbringung wenigstens aber im Verhältnis der angeforderten Vorschüsse als angemessen vereinbart.

### § 11 Abtretung von Honoraransprüchen

Der Auftragnehmer kann Honoraransprüche an andere Steuerberater oder Rechtsanwälte abtreten.

An andere Personen, die nicht als Steuerberater oder Rechtsanwälte zugelassen sind, kann der Auftragnehmer Honoraransprüche abtreten, wenn die Forderung rechtskräftig festgestellt ist, ein erster Vollstreckungsversuch fruchtlos verlaufen ist und der Auftraggeber dem Auftragnehmer die ausdrückliche schriftliche Einwilligung erteilt hat.

### **§ 12 Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den Handakten**

Der Auftragnehmer kann dem Auftraggeber die Herausgabe der Handakten verweigern, bis er wegen des Honorars befriedigt ist, sofern nicht die Vorenthaltung der Handakten oder einzelner Schriftstücke nach den Umständen, insbesondere wegen verhältnismäßiger Geringfügigkeit der geschuldeten Beträge, gegen Treu und Glauben verstoßen würde.

### **§ 13 Vollmacht**

Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer für das Tätigwerden gegenüber Dritten gesonderte Vollmachten erteilen.

### **§ 14 Schriftform**

Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform.

### **§ 15 Wirksamkeit**

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Beratungsvertrags unwirksam sein oder werden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Vereinbarungen nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die unwirksamen Bestimmungen durch Regelungen zu ersetzen, die dem ursprünglich verfolgten Zweck so nahe wie möglich kommen und deren Wirksamkeit keine Bedenken entgegenstehen.

Ort, den

---

Unterschrift der Auftraggeberin

---

Unterschrift des Auftragnehmers

---

Befreiungserklärung für Korrespondenz per E-Mail

Ich bin damit einverstanden, mit der KANZLEI ..... auch per E-Mail zu kommunizieren.

Mir ist bekannt, dass das Internet durch seine technische Beschaffenheit keine vollständige Sicherheit in Bezug auf die Geheimhaltung der übermittelten Daten und Informationen vor dem Zugriff durch unbefugte Dritte bietet.

Ich entbinde daher bis auf Widerruf die KANZLEI ..... hinsichtlich der Kommunikation über das Internet von ihrer beruflichen Verpflichtung zur Verschwiegenheit.

Meine E-Mail Adresse lautet:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_ .....

Unterschrift

**Muster:****Beratungsvertrag über betriebswirtschaftliche Beratung  
(produktbezogen)**

Zwischen

\_\_\_\_\_

vertreten durch: \_\_\_\_\_

– im Folgenden **Auftraggeber** genannt –

und

KANZLEI .....

– im Folgenden **Auftragnehmer** genannt –

wird folgender Beratungsvertrag geschlossen:

**§ 1 Gegenstand und Umfang des Auftrags**

Der Auftragnehmer führt für den Auftraggeber die im Folgenden beschriebenen Arbeiten als  
(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

☐ Dienstvertrag (Tätigkeit ist geschuldet)

☐ Werkvertrag (Erfolg ist geschuldet)

aus.

Die KANZLEI ..... erbringt Beratungsleistungen auch im Bereich der Unternehmensbewertung. Hierzu hat sie 3 verschiedene Standardprodukte aufgelegt. Durch die Standardisierung können diese Produkte effizienter und damit kostengünstiger für die Mandanten erledigt werden. Dies schließt nicht aus, dass im Einzelfall Sonderaufträge erteilt werden können.

Die Produkte haben dabei folgenden Inhalt:

Produkt 1	- ..... - ..... - .....
Produkt 2	- ..... - ..... - .....
Produkt 3	- ..... - ..... - .....

Mit diesem Vertrag überträgt der Auftraggeber dem Auftragnehmer die Besorgung der folgenden Angelegenheiten:

Tätigkeit	gewünscht	nicht gewünscht
Unternehmensbewertung		
Produkt 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Podukt 2	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Produkt 3	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
_____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Der Auftraggeber hat einen Anspruch auf einen schriftlichen Bericht in 2-facher Ausfertigung.

Für die Übernahme weiterer hier nicht aufgeführter Tätigkeiten werden gesonderte Vereinbarungen getroffen.

## **§ 2 Mitwirkung des Auftraggebers**

(1)

Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer sämtliche zur Erfüllung des Auftrages notwendigen Informationen und Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, so dass dem Auftragnehmer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Er hat notwendige Erklärungen, insbesondere Vollständigkeitserklärungen, rechtzeitig abzugeben.

(2)

Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Auftragnehmers nur mit dessen schriftlicher Einwilligung weiterzugeben. Das gilt nicht, wenn und soweit derartige Arbeitsergebnisse üblicherweise an Dritte weitergegeben werden. Bei der Weitergabe der Arbeitsergebnisse an einen Dritten ist der Dritte auf die vereinbarten Haftungsbegrenzungen schriftlich hinzuweisen.

## **§ 3 Mitwirkung Dritter**

Der Auftragnehmer ist berechtigt, bei der Ausführung der ihm übertragenen Angelegenheiten geeignete angestellte Berufsträger, Mitarbeiter, fachkundige Dritte, sowie datenverarbeitende Unternehmen einzusetzen. Die eigene Verantwortlichkeit des Auftragnehmers bleibt hiervon unberührt.

## **§ 4 Verschwiegenheitspflicht, Mitteilung gem. § 4 BDSG, E-Mail-Verkehr**

(1)

Der Auftragnehmer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Angelegenheiten der Auftraggeberin, die ihm bei oder anlässlich der Erledigung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass ihn die Auftraggeberin schriftlich von dieser Verpflichtung entbindet.

(2)

Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung von Angelegenheiten zur Wahrung berechtigter Interessen des Auftragnehmers unbedingt erforderlich ist. Der Auftragnehmer ist auch von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, soweit er nach den Versicherungsbedingungen der Berufshaftpflicht zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.

(3)

Die gesetzlichen Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO, § 383 ZPO bleiben von den vorstehenden Regelungen unberührt.

(4)

Diese Verschwiegenheitspflicht des Auftragnehmers besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen, die aufgrund oder anlässlich seines Auftrags gefertigt wurden, darf der Auftragnehmer Dritten, außer in dem in § 4 Abs. 2 Satz 2 geschilderten Fall, nur mit Einwilligung der Auftraggeberin aushändigen.

(5)

Im gleichen Umfang wie für den Auftragnehmer selbst besteht die Verschwiegenheitspflicht auch für die angestellten Berufsträger, Mitarbeiter und Hilfskräfte.

(6)

Zieht der Auftragnehmer fachkundige Dritte und/oder datenverarbeitende Unternehmen hinzu, hat er dafür Sorge zu tragen, dass diese ebenfalls Verschwiegenheit bewahren.

(7)

Für den Fall, dass sich der Berater zur Sicherung und Fortentwicklung der Qualität seiner Kanzlei einem Zertifizierungsverfahren (z.B. nach DIN EN ISO 9001:2000) unterziehen will, erteilt der Auftraggeber schon heute seine Zustimmung, dass Dritte über die von ihm vorhandenen Daten Kenntnis erhalten, soweit dies erforderlich ist. Das Gleiche gilt auch für die Praxisveräußerung bezüglich des Praxiserwerbers, für die Beschäftigung freier Mitarbeiter, soweit diese gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, sowie für die Gründung einer Sozietät oder einer Kapitalgesellschaft seitens des Beraters.

(8)

**Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass die erhobenen Daten elektronisch oder auf andere Weise gespeichert werden, um den Auftrag zu bearbeiten oder das Ergebnis der Bearbeitung zu sichern, § 4 a BDSG.** *(Aufgrund der gesetzlichen Regelung ist erforderlich, dass die Einwilligung und Belehrung über die Speicherung von Daten optisch hervorgehoben werden muss.)*

(9)

Die dem Vertrag beigelegte Befreiungserklärung für Korrespondenz per E-Mail wird Bestandteil dieses Vertrages, sofern sie von Auftraggeber unterschrieben wurde.

## § 5 Haftung

(1)

Der Auftragnehmer hat eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von 1.000.000 Euro pro Einzelfall abgeschlossen. Er verpflichtet sich, die Versicherung in dieser Höhe so lange aufrechtzuerhalten, wie das Vertragsverhältnis mit der Auftraggeberin besteht.

(2)

Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber für die von ihm und seinen Mitarbeitern verursachten Schäden. Die Haftungsobergrenze wird jedoch entsprechend dieser Vereinbarung für einfache Fahrlässigkeit auf

**1.000.000,00 € (in Worten: eine Million Euro)**

festgelegt.

## § 6 Sondervereinbarungen zur Haftung

.....

## § 7 Honorar

(1) (Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Produkt 1	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Pauschalhonorar in Höhe von _____ €, wenn .....</li> <li>- sonst: Pauschalhonorar in Höhe von 1.000 €</li> </ul>
Produkt 2	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stundensätze für:               <ul style="list-style-type: none"> <li>- Berufsträger (RA, StB): .....,- €</li> <li>- Dipl. Betriebswirt (BA, FH, etc.): .....,- €</li> <li>- Steuerfachangestellte: .....,- €</li> <li>- Sonstige Hilfskräfte: .....,- €</li> </ul> </li> </ul>
Produkt 3	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stundensätze für:               <ul style="list-style-type: none"> <li>- Berufsträger (RA, StB): .....,- €</li> <li>- Dipl. Betriebswirt (BA, FH, etc.): .....,- €</li> <li>- Steuerfachangestellte: .....,- €</li> <li>- Sonstige Hilfskräfte: .....,- €</li> </ul> </li> </ul>

Ergänzend wird folgendes vereinbart:

Sofern bei den Produkten 2 und 3 ein Gebührenvolumen von ..... € überschritten wird, zeigt Auftragnehmer dem Auftraggeber dies an und versucht, den Umfang für die Restarbeiten abzuschätzen. Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit den Abbruch des Auftrags zu verlangen, vgl. § 10. Dann ist die bereits geleistete Tätigkeit abzurechnen.



(2)

Der Auftragnehmer ist berechtigt, einen oder mehrere angemessene Vorschüsse zu verlangen. Über den Vorschuss ist nach Erledigung des Auftrags abzurechnen. Soweit ein Vorschuss berechnet wurde, dieser jedoch nicht bezahlt wurde, ist der Auftragnehmer berechtigt, seine Tätigkeit ruhen zu lassen. Er ist bis zur Bezahlung des Vorschusses nicht verpflichtet, für den Auftraggeber tätig zu werden.

(3)

Von dieser Vereinbarung ausgenommen sind Vorbehaltsaufgaben nach dem RDG und StBerG, die nach den entsprechenden gesetzlichen Gebühren abgerechnet werden (StBVV, RVG).

### **§ 8 Auslagenersatz, Umsatzsteuer**

(1)

Zusätzlich zu den Gebühren übernimmt der Auftraggeber den Ersatz von Auslagen wie folgt:

- a) Übernachtungskosten in der nachgewiesenen Höhe.
- b) Tage- bzw. Abwesenheitsgeld bei einer Abwesenheit von der Kanzlei von  
mehr als 4 Stunden: 15 €  
mehr als 8 Stunden: 30 €
- c) Fahrtkosten:
  - Personenkraftwagen je Kilometer 0,60 €,
  - Zugfahrt 1. Klasse,
  - Flugzeug Business-Klasse,
  - Taxi für Kurzstrecken oder
  - ggf. notwendige sonstige Verkehrsmittel in nachgewiesener Höhe.
- d) Nebenkosten für Telefon, Telefax, Porto, Kopien u. ä.
  - 5 % des Honorars nach § 7.
- e) Für über 2 Berichtsexemplare hinausgehende Exemplare:
  - je Exemplar fest: 5 € (U-Wert basis) sonst
  - je Exemplar fest: 15 €

(2)

Außerdem trägt der Auftraggeber anfallende Umsatzsteuer auf das Honorar und die Auslagen in der gesetzlichen Höhe.

**§ 9 Fälligkeit**

(1)

Die Zahlungen sind innerhalb einer Woche nach Rechnungseingang beim Auftraggeber fällig. Vorschüsse sind hingegen sofort fällig.

(2)

Sämtliche Beträge sind auf folgendes Konto zu überweisen:

**§ 10 Vertragsdauer**

Das Vertragsverhältnis beginnt am \_\_\_\_\_. Der Vertrag endet mit Fertigstellung und Übergabe des schriftlichen Gutachtens.

Der Vertrag ist jederzeit und beidseitig sofort kündbar. Die Kündigung muss schriftlich erklärt werden. Im Falle der Kündigung hat der Berater Anspruch auf eine angemessene Vergütung. Diese wird im Verhältnis der Leistungserbringung wenigstens aber im Verhältnis der angeforderten Vorschüsse als angemessen vereinbart.

**§ 11 Abtretung von Honoraransprüchen**

Der Auftragnehmer kann Honoraransprüche an andere Steuerberater oder Rechtsanwälte abtreten.

An andere Personen, die nicht als Steuerberater oder Rechtsanwälte zugelassen sind, kann der Auftragnehmer Honoraransprüche abtreten, wenn die Forderung rechtskräftig festgestellt ist und ein erster Vollstreckungsversuch fruchtlos verlaufen ist oder der Auftraggeber dem Auftragnehmer die ausdrückliche schriftliche Einwilligung erteilt hat.

**§ 12 Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den Handakten**

Der Auftragnehmer kann dem Auftraggeber die Herausgabe der Handakten verweigern, bis er wegen des Honorars befriedigt ist, sofern nicht die Vorenthaltung der Handakten oder einzelner Schriftstücke nach den Umständen, insbesondere wegen verhältnismäßiger Geringfügigkeit der geschuldeten Beträge, gegen Treu und Glauben verstoßen würde.

**§ 13 Vollmacht**

Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer für das Tätigwerden gegenüber Dritten gesonderte Vollmachten erteilen.

### § 14 Schriftform

Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform.

### § 15 Wirksamkeit

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Beratungsvertrags unwirksam sein oder werden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Vereinbarungen nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die unwirksamen Bestimmungen durch Regelungen zu ersetzen, die dem ursprünglich verfolgten Zweck so nahe wie möglich kommen und deren Wirksamkeit keine Bedenken entgegenstehen.

Ort, den

---

Unterschrift der Auftraggeberin

---

Unterschrift des Auftragnehmers

### Befreiungserklärung für Korrespondenz per E-Mail

Ich bin damit einverstanden, mit der KANZLEI ..... auch per E-Mail zu kommunizieren.

Mir ist bekannt, dass das Internet durch seine technische Beschaffenheit keine vollständige Sicherheit in Bezug auf die Geheimhaltung der übermittelten Daten und Informationen vor dem Zugriff durch unbefugte Dritte bietet.

Ich entbinde daher bis auf Widerruf die KANZLEI ..... hinsichtlich der Kommunikation über das Internet von ihrer beruflichen Verpflichtung zur Verschwiegenheit.

Meine E-Mail Adresse lautet:

---

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

Unterschrift

### 2.2.3.2 Haftungsbeschränkung in AAB

Bei der Haftungsbeschränkung in AAB sind die hierzu bereits gemachten Ausführungen zu berücksichtigen. Es ergeben sich jedoch 2 Besonderheiten:

- a) § 67a StBerG ist nicht auf vereinbare Tätigkeiten anzuwenden, bei denen die Haftung eine gesetzliche Grundlage hat. Dies ergibt sich zum einen aus dem Wortlaut des § 67a StBerG: „Der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Steuerberater oder Steuerbevollmächtigten bestehenden Vertragsverhältnis (...)“, zum anderen ergibt es sich daraus, dass die gesetzlichen Haftungsgrundlagen nicht beschränkbar sind.

Die Haftung hat eine gesetzliche Grundlage z. B. bei einer unerlaubten Handlung gem. §§ 823 ff BGB, bei einer Tätigkeit als Insolvenzverwalter (§§ 60, 61 InsO) oder als Testamentsvollstrecker (§ 2219 BGB).

- **Praxishinweis** Hier empfiehlt sich der Abschluss einer sog. Einzelobjektversicherung. Die Kosten einer solchen Versicherung werden üblicherweise vom Auftraggeber getragen. Dies muss aber vertraglich geregelt werden.
- b) Ganz besonders ist zu beachten, dass – wie bereits erwähnt – eine Haftungsbeschränkung in AAB auf eine Haftungssumme von mindestens 1,0 Mio. € nur dann wirksam ist, wenn die Haftungssumme auch tatsächlich zur Verfügung steht, die konkrete Tätigkeit des Steuerberaters also vom Versicherungsschutz mitumfasst ist. Hierauf ist bei vereinbaren Tätigkeiten, die nicht alle vom Versicherungsschutz mitumfasst sind, besonders zu achten.

Welche Tätigkeiten vom Versicherungsschutz mitumfasst sind, richtet sich nach den gesetzlichen Vorgaben der §§ 51 ff DVStB und nach dem einzelnen Versicherungsvertrag.

- **Praxishinweis** Bei Unsicherheiten sollte der Steuerberater unbedingt mit seiner Haftpflichtversicherung abklären, ob die konkrete Tätigkeit vom Versicherungsschutz mitumfasst ist und ggf. eine Deckungserweiterung vereinbaren.

### 2.2.4 Verjährung

§ 68 StBerG galt aufgrund seines weiten Wortlautes (Anspruch aus dem „bestehenden Vertragsverhältnis“) auch für Haftpflichtansprüche aus einer vereinbarten vertraglichen Tätigkeit. Prospekthaftungsansprüche fielen jedoch nicht unter den Anwendungsbereich des § 68 StBerG.<sup>26</sup> Das Gleiche galt für vereinbare Tätigkeiten, die nicht auf Vertrag beruhen, sondern eine gesetzliche Grundlage haben.

<sup>26</sup> BGH v. 1.6.1994, VIII ZR 36/93, BGHZ 126, 166.

Nach dem neuen Verjährungsrecht richtet sich die Verjährung von Haftpflichtansprüchen aus Vorbehaltsaufgaben und vereinbarter Tätigkeit einheitlich nach dem allgemeinen Verjährungsrecht,<sup>27</sup> sofern es keine speziellere gesetzliche Grundlage gibt. Eine solche speziellere gesetzliche Vorschrift ist z. B. § 62 S. 2 InsO, der eine Obergrenze für die Verjährung festlegt.

## 2.2.5 Besondere Haftungsrisiken bei einzelnen vereinbaren Tätigkeiten

Die oben genannten Grundsätze gelten für alle vereinbaren Tätigkeiten. Im Folgenden werden noch einmal besondere Haftungsrisiken einzelner vereinbarter Tätigkeiten dargestellt:

### 2.2.5.1 Ratingberatung, Kreditwürdigkeitsaussagen

Auch bei der Beratung in Bezug auf das Bankenrating muss der Steuerberater von einer umfassenden Beratungspflicht ausgehen. Dazu soll auch die Unterrichtung des Mandanten durch den steuerlichen Berater über sein Unternehmen und dessen betreffende Entwicklung gehören. Der Mandant habe einen Anspruch auf eine fortlaufende, aktuelle und umfassende Information – auch ungefragt.<sup>28</sup>

Diese Auffassung, ohne einen Auftrag des Mandanten zur Ratingberatung verpflichtet zu sein, ist überzogen. In der Entscheidung des BGH zur Hinweispflicht betreffend Insolvenzgründen<sup>29</sup> hat der BGH zutreffend ausgeführt:

Anders als bei einem ausdrücklichen Auftrag zur Prüfung der Insolvenzreife eines Unternehmens (vgl. BGH, Urteil vom 14. Juni 2012 – IX ZR 145/11, BGHZ 193, 297 Rn. 9 ff) besteht eine solche Pflicht bei einem allgemeinen steuerrechtlichen Mandat nicht. Sie würde die Verantwortlichkeit des Beraters, sich mit den steuerrechtlichen Angelegenheiten zu befassen, erheblich erweitern. Der Berater müsste dann trotz der Beschränkung seiner Hauptpflichten auf die steuerrechtliche Beratung (vgl. § 33 StBerG und BGH, Urteil vom 14. Juni 2012, aaO Rn. 10 f) auch die allgemeine wirtschaftsrechtliche Beratung, zu der die Prüfung des Vorliegens von Insolvenzgründen zu zählen ist, im Blick haben und der Gesellschaft neben steuerrechtlichen Ratschlägen ohne besonderen Auftrag auch insolvenz- und gesellschaftsrechtliche Hinweise erteilen. Allein aus dem Auftrag zur Führung der Finanzbuchhaltung kann keine derart weitreichende wirtschaftliche Beratungspflicht angenommen werden. Grenze der Pflichten des Steuerberaters muss immer der erteilte Auftrag bleiben. Soweit allerdings ein solcher erteilt wurde, muss von obigen Pflichten ausgegangen werden.

Daher gehen wir davon aus, dass ein Auftrag zur Ratingberatung gesondert erteilt werden muss und nicht „automatisch“ mit dem Dauerberatungsmandat einhergeht.

Auch bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit muss der Berater seine Auswertungen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen erstellen und sich an maßgebliche betriebs-

<sup>27</sup> Vgl. Abschn. 1.3.

<sup>28</sup> So Bornmann, in: Steuerberater Handbuch neue Beratungsfelder, C. Ratingberatung V. Rn. 345 f.

<sup>29</sup> BGH v. 7.3.2012 – IX ZR 64/12, DStR 2013, 1151.

wirtschaftliche Standards halten. Insbesondere muss eine erstellte BWA vollständig und zutreffend sein. So hat das OLG Oldenburg<sup>30</sup> explizit entschieden:

Zwar gibt eine BWA nur einen vorläufigen Stand der Buchführung wieder, der durch verschiedene Abschlussbuchungen erst zu einem Jahresabschluss entwickelt werden muss. Gleichwohl bilden die Ergebnisse der BWA unter der Annahme der vollständigen Erfassung aller Geschäftsvorfälle aber eine entscheidende Grundlage für die weitere finanzielle Planung und Entwicklung einer Gesellschaft.

Besonders problematisch werden in diesen Fällen die Dritthaftungsproblematiken. Oft verlangen nämlich die Banken zur Herbeiführung einer Kreditentscheidung die Plausibilisierung des Jahresabschlusses vom Steuerberater.<sup>31</sup> Aus dem Auftrag zur Plausibilisierung bzw. aus der Anforderung durch die Bank ist für den Steuerberater klar erkennbar, dass der Abschluss nebst Bericht der Bankeninformation dient. Damit ist die Einbeziehung der Bank in den Schutzbereich des Steuerberatervertrags offenkundig. Der Mandant wird zum „VW-Mandant“.<sup>32</sup>

- **Praxishinweis** Der sicherste Weg, um einer solchen Haftung vorzubeugen ist der, mit der Bank einen separaten Beratungsvertrag abzuschließen und in diesem eine Haftungsbeschränkung zu vereinbaren oder mitzuteilen, dass alle Äußerungen, gleich ob schriftlich oder mündlich allein in der Funktion als Berater des Mandanten und unter Einbeziehung der AAB getätigt werden.<sup>33</sup>

#### Beispiel

Der Steuerberater leitet einen mangelhaften Monatsreport an die Bank weiter. Aufgrund dieses Monatsreports trifft die Bank eine Entscheidung über die Prolongation des gewährten Kredits, die sie bei Vorlage eines mangelfreien Monatsreports so nicht getroffen hätte. Entsteht der Bank hierdurch ein Schaden, so haftet der Steuerberater. Diesem immensen Haftungsrisiko kann der Steuerberater entgehen, wenn er in einem Vertrag mit der Bank die Haftung wie oben beschrieben beschränkt hat.

Die Beratung im Hinblick auf ein zukünftiges Rating ist grundsätzlich vom **Versicherungsschutz** umfasst, es gibt allerdings einige bedeutsame Einschränkungen:

Plausibilitätsbeurteilungen sind nur dann vom Versicherungsschutz mitumfasst, wenn die Prüfungshandlungen und Bescheinigungen so erfolgt sind, wie es in der „Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durch Steuerberater“ festgelegt ist.

<sup>30</sup> OLG Oldenburg v. 8.11.2012 – 14 U 8/12 (rechtskräftig durch Beschluss des BGH vom 20.3.2014 – IX ZR 293/12).

<sup>31</sup> BStBK v. 12./13.4.2010, LX 5232670; Zu finden unter [www.bstbk.de](http://www.bstbk.de). Diese Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer hat dabei auch die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IdW) erstellten Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen durch Wirtschaftsprüfer (IDW S 7, vormals HFA 4/96) berücksichtigt.

<sup>32</sup> viel Haftung für wenig Honorar, Palandt/Grüneberg § 328 BGB Rz. 35.

<sup>33</sup> s. o. Rn. 87.

Geht die Beratung über die Bewertung nach üblichen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen hinaus, so besteht kein Versicherungsschutz mehr.<sup>34</sup>

### 2.2.5.2 Subventionsberatung

Im Rahmen der Vermögensberatung oder Finanzierungsberatung kann sich die Notwendigkeit einer Subventionsberatung ergeben.

Die Subventionsberatung ist dem Steuerberater erst seit einiger Zeit möglich, da noch nicht lange anerkannt ist, dass es sich dabei nicht um unzulässige Rechtsberatung handelt.<sup>35</sup>

Hinsichtlich der Anforderungen an die **Rechtskenntnis** des Steuerberaters ist im Rahmen der Subventionsberatung folgendes BGH-Urteil zu beachten:<sup>36</sup>

In dem betreffenden Fall beriet der Beklagte, ein Rechtsanwalt und Wirtschaftsprüfer, die Klägerin, die eine Fensterfabrik betrieb, steuerlich. Der Beklagte unterließ es, der Klägerin zu raten, steuerfreie Rücklagen gemäß § 3 Abs. 1 des Zonenrandförderungsgesetzes (ZRFG) zu bilden. Gemäß den im Zonenranderlass 1978 enthaltenen Ermessensrichtlinien hätte die Klägerin keinen Anspruch auf Anerkennung steuerfreier Rücklagen gehabt. Das zuständige Finanzamt entschied jedoch in ständiger Praxis entgegen den Ermessensrichtlinien und gab entsprechenden Anträgen statt. Die Klägerin verlangte daraufhin vom Beklagten Schadenersatz, weil der unterlassene Rat des Beklagten zur Folge gehabt hätte, dass die Einkommen- und Gewerbesteuer zu hoch festgesetzt worden sei und dadurch Zinsverluste entstanden seien.

Der BGH entschied, dass eine Pflichtverletzung des Beklagten vorlag. Zu seinen Pflichten gehöre es auch, den Steuerpflichtigen auf eine ständige für diesen günstige Verwaltungspraxis – die der Beratende kennt oder kennen muss – der Finanzbehörden hinzuweisen, auch wenn die Verwaltungspraxis objektiv rechtswidrig ist. Denn nur wenn der Steuerpflichtige umfassend informiert ist, kann er abwägen, ob er sich für oder gegen den Antrag entscheidet.

Die Anforderungen an das Kennenmüssen einer ständigen Verwaltungspraxis legte der BGH wie folgt fest:

- Der Steuerberater muss sich dann bei der Verwaltung nach einer ständigen Verwaltungspraxis erkundigen, wenn die Verwaltung einen Ermessensspielraum hat.
- Wäre die Ausübung des Ermessens in eine bestimmte Richtung rechtswidrig, so muss sich der Steuerberater nicht bei der Verwaltung erkundigen, ob diese eine solche rechtswidrige Verwaltungspraxis betreibt.
- Der Steuerberater muss eine rechtswidrige Verwaltungspraxis ausnahmsweise nur dann kennen, wenn entsprechende Anweisungen veröffentlicht worden sind oder die Verwaltungspraxis in der Öffentlichkeit oder im Fachkreis der Steuerberater erörtert wird.

<sup>34</sup> Zu allem Hartmann/Heimann, in: Steuerberater Handbuch neue Beratungsfelder, B. V. 4. i).

<sup>35</sup> BGH v. 24.2.2005, I ZR 128/02, NJW 2005, 2458.

<sup>36</sup> BGH v. 28.9.1995, IX ZR 158/94, NJW 1995, 3248.

Dem Mandanten ist jedoch dann kein **Schaden** entstanden, wenn er etwas nicht erhalten hat, was er nach der materiellen Rechtslage ohnehin nicht verlangen kann.<sup>37</sup> Im oben genannten BGH-Urteil lag jedoch kein Verstoß gegen zwingende Rechtsnormen, sondern nur gegen Ermessensrichtlinien vor. Ein Verstoß des Finanzamtes gegen diese Ermessensrichtlinien führt zwar im staatlichen Innenverhältnis zur Rechtswidrigkeit der Entscheidung, diese wirkt sich im Außenverhältnis dem Steuerpflichtigen gegenüber aber nicht aus. Es war folglich nicht so, dass der Mandant nach der materiellen Rechtslage ohnehin keinen Anspruch auf die Anerkennung der steuerfreien Rücklagen gehabt hätte. Ihm ist daher durch die mangelhafte Beratung durch den Steuerberater ein Schaden entstanden.

### 2.2.5.3 Insolvenzverwaltung

Wird der Steuerberater als Insolvenzverwalter tätig, so muss er beachten, dass neben die insolvenzrechtliche Haftung (§§ 60, 61 InsO) auch die **steuerrechtliche Haftung** tritt. Der Insolvenzverwalter hat als Vermögensverwalter (§ 34 Abs. 3 AO) die steuerlichen Pflichten des Insolvenzschuldners zu erfüllen (§ 34 Abs. 1 AO). Eine Haftung kann sich aus § 69 AO ergeben. Zu beachten ist hier, dass insbesondere in den Fällen der Betriebsfortführung die Anwendung der sogenannten Business Judgement Rule des § 93 Abs. 1 Satz 2 AktG streitig ist.<sup>38</sup>

### 2.2.5.4 Sanierungsberatung

Zur zivil- und strafrechtlichen Haftung des Steuerberaters in der Krise bzw. Insolvenz des Mandanten s. o. Abschn. 1.1.2 und 6.3.

Zunächst einmal die beiden guten Nachrichten: Die Krisen- bzw. Sanierungsberatung verstößt nicht gegen das RDG, wie in der Gesetzesänderung durch das ESUG und die Aufnahme des Steuerberaters als Bescheinigungsersteller in § 270 b Abs. 1 Satz 3 InsO klar zum Ausdruck kommt.<sup>39</sup> Der Steuerberater ist ferner nicht dazu verpflichtet, den Mandanten ungefragt auf die Krise hinzuweisen. Für die Sanierungsberatung bedarf es eines gesonderten Auftrags des Mandanten.

Sofern allerdings der Steuerberater mit der Sanierungsberatung beauftragt ist, obliegt ihm die Pflicht, Insolvenzgründe zu prüfen und gegebenenfalls Gestaltungshinweise zu erteilen.<sup>40</sup> Kommt er dieser Pflicht nicht nach und unterlässt er es, den Mandanten auf die Insolvenzantragspflicht hinzuweisen, macht er sich schadenersatzpflichtig. Dabei kommt sowohl ein Schadenersatzanspruch der Gesellschaft als auch des Geschäftsführers in Betracht.<sup>41</sup> Wird der Geschäftsführer z. B. gem. § 64 Satz 1 GmbHG auf Zahlungen nach

<sup>37</sup> BGH v. 6.7.2006, IX ZR 88/02; DStR 2006, 2231.

<sup>38</sup> Frege/Undritz InsVZ 2009, 1 ff (6 f); Berger/Frege ZIP 2008, 204 ff; Erker ZInsO 2012, 199.

<sup>39</sup> Sofern sich aus dem Sanierungskonzept aber losgelöste Rechtsdienstleistungen ergeben, wie z. B. eine Vertragsgestaltung, muss das RDG beachtet werden. Insoweit ist die Kooperation mit einem Rechtsanwalt dringend anzuraten.

<sup>40</sup> Vgl. hierzu IDW ES 11; Nickert/Lamberti Überschuldungs- und Zahlungsunfähigkeitsprüfung im Insolvenzrecht, 2. Aufl. 2011.

<sup>41</sup> D. Fischer DB 2013, 2070 ff m. w. N.



Insolvenzreife in Anspruch genommen, nachdem der Steuerberater bei erteiltem Prüfauftrag fehlerhaft die Insolvenzreife verneinte, könnte sich dieser beim Steuerberater schadlos halten, denn das Mandatsverhältnis mit der GmbH hat auch Schutzwirkung zugunsten des GmbH-Geschäftsführer.<sup>42</sup>

#### 2.2.5.5 Unternehmensnachfolgeberatung

Bei der Unternehmensnachfolgeberatung ist besonders zu beachten, dass die Grenze zur **unerlaubten Rechtsberatung**<sup>43</sup> nicht überschritten wird, z. B. wenn erb- oder gesellschaftsrechtliche Fragen geklärt werden müssen. Ferner sind neben den laufenden ertragsteuerlichen Konsequenzen regelmäßig anlassbezogene Steuern, wie z. B. Erb- oder Schenkungssteuer und/oder Grunderwerbsteuer zu beachten.

---

##### Beispiel

Der Steuerberater darf nicht, um eine Unternehmensnachfolge vorzubereiten, einen Gesellschaftsvertrag für eine GmbH entwerfen, in der Vorgänger und Nachfolger Gesellschafter werden.

---

<sup>42</sup> BGH v. 14.6.2012 – IX ZR 145/11; DStR 2012, 1825.

<sup>43</sup> Zur unerlaubten Rechtsberatung s. u. § 3.

Die Haftung des Steuerberaters  
Richtig handeln und Haftung vermeiden  
Nickert, C.; Nickert, A.; Lienhard, F.  
2016, XVI, 262 S. 7 Abb., Softcover  
ISBN: 978-3-658-07628-3